

Stand: 07.12.2025 15:07:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28598

"Versprechen halten: Förderkonditionen zur Fortführung des Sprach-Kita-Programms anpassen - Finanzierungslücke schließen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28598 vom 25.04.2023
2. Beschluss des Plenums 18/28751 vom 26.04.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 144 vom 26.04.2023



## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Margit Wild, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster und Fraktion (SPD)**

### **Versprechen halten: Förderkonditionen zur Fortführung des Sprach-Kita-Programms anpassen – Finanzierungslücke schließen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die in einem Schreiben des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales vom 29.03.2023 angekündigten Förderkonditionen zur Fortführung des Sprach-Kita-Programms in Bayern nochmals zu überarbeiten.

Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Fördersumme, denn die angekündigten Fördersummen von 32.000 Euro für die Fachberatungen und 20.000 Euro für die zusätzlichen Fachkräfte sind nicht ausreichend.

Der Landtag stellt insoweit fest, dass die angekündigten Förderummen 5.000 Euro unter der bisherigen Förderung liegen. Gemeinsam mit tarif- und altersbedingten Steigerungen ergibt sich somit sogar eine Finanzierungslücke von 7.000 Euro, die dringend refinanziert werden muss.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass es erforderlich ist, die Möglichkeit zum Ausbau des Sprach-Kita-Programms in Bayern weiterhin zu forcieren.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die Regelung, dass vakante Stellen nicht wiederbesetzt werden sollen und nur Sprach-Kitas weitergefördert werden, die zum 30. Juni 2023 noch am Bundesprojekt teilnehmen, aufzuheben.

### **Begründung:**

Im Januar dieses Jahres hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder verkündet, das Sprach-Kita-Programm mit einem Millionenbetrag aus Landesmitteln fortführen zu wollen. Aus einem Schreiben des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales vom 29.03.2023 geht nun hervor, dass dies so nicht stimmt. Die Staatsregierung wird zur Fortführung des Programms auf jene Mittel zurückgreifen, die der Bund den Ländern im Rahmen des Kita-Qualitätsgesetzes zur Verfügung stellt.

Hinzu kommt, dass die im Schreiben des Staatsministeriums veröffentlichten Förderkonditionen deutlich unter den bisherigen liegen: Die angekündigten Fördersummen von 32.000 Euro für die Fachberatungen und 20.000 Euro für die zusätzlichen Fachkräfte liegt 5.000 Euro unter der bisherigen Förderung. Gemeinsam mit tarif- und altersbedingten Steigerungen ergibt sich somit sogar eine Finanzierungslücke von ca. 7.000 Euro pro Fachkraft und Jahr für die Träger. Dies ist für viele Träger eine hohe finanzielle Belastung, die zugleich die Gefahr mit sich bringt, dass einige Träger sich das Programm nicht mehr werden leisten können und weitere Fachkräfte abwandern werden. Schon jetzt gibt es in Bayern im Vergleich zum Vorjahr 22 Prozent weniger Sprach-Kitas.

Unverständlich ist vor diesem Hintergrund auch die Aussage von Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf, dass vakante Stellen nicht wiederbesetzt werden sollen und nur jene Einrichtungen weiterhin gefördert werden, die zum 30. Juni 2023 noch am Bundesprojekt teilnehmen. Durch diese Regelung wird die Zahl der Sprach-Kitas in Bayern somit auf dem deutlich niedrigeren Stand zementiert, obwohl eigentlich eine Ausweitung des Programms dringend notwendig wäre – zumal viele Einrichtungen Interesse an dem Programm bekundet haben. Auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den bayerischen Kitas ist diese Kürzung ein herber Rückschlag.

Die Rückmeldungen aus der Praxis auf das Schreiben von Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf sind in ihrer Kritik eindeutig. Die Staatsministerin und die Staatsregierung sollten diese Rückmeldung ernstnehmen und die geplanten Förderkonditionen nochmals überarbeiten. Grundsätzlich wäre es zudem wünschenswert, schon jetzt über das Jahr 2024 hinauszublicken und eine langfristige Fortführung des Programms auf den Weg zu bringen. Für mehr Chancengerechtigkeit von Anfang an und für eine Qualitätsentwicklung in den Kitas braucht es dauerhaft mehr finanzielle Mittel für die sprachliche Förderung.



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Margit Wild, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Ruth Müller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster und Fraktion (SPD)**

Drs. 18/28598

**Versprechen halten: Förderkonditionen zur Fortführung des Sprach-Kita-Programms anpassen – Finanzierungslücke schließen**

**Ablehnung**

Die Präsidentin

I.V.

**Markus Rinderspacher**

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Doris Rauscher

Abg. Thomas Huber

Abg. Johannes Becher

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Susann Enders

Abg. Roland Magerl

Abg. Julika Sandt

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Zur weiteren Beratung komme ich nun zu Nummer zwei:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Margit Wild u. a. und Fraktion (SPD)**

**Versprechen halten: Förderkonditionen zur Fortführung des Sprach-Kita-Programms anpassen - Finanzierungslücke schließen (Drs. 18/28598)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Doris Rauscher das Wort. Bitte, Frau Rauscher.

**Doris Rauscher (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Dringlichkeitsantrag der SPD-Landtagsfraktion fordern wir, die angekündigten Förderkonditionen für die Sprach-Kitas nochmals zu überarbeiten.

Die Ministerin wirft heute in einer Pressemeldung Falschnachrichten und Falschbehauptungen vor. Das beziehe ich und das beziehen wir als SPD-Landtagsfraktion auf den Inhalt unseres Dringlichkeitsantrags. Ich möchte meinen weiteren Ausführungen vorausschicken: Nein, wir haben keine Falschnachrichten verkündet; denn Fakt ist, dass wir unseren Antrag zu den Förderkonditionen des Sprach-Kita-Programms gestern eingereicht haben. Als wir ihn eingereicht haben, waren diese Informationen noch aktuell. Fakt ist auch: Das Ministerium widerspricht sich mit seiner heutigen Pressemitteilung selbst.

Zur Rekonstruktion: Am 29.03.23 verkündete das Ministerium, die Förderung für die Sprach-Kita-Fachkräfte auf 20.000 Euro und die Förderung für die Sprachberatungen auf 32.000 Euro zu kürzen. Abzurechnen wären diese Gelder über den Bonus für zusätzliche Fachkräfte wie auch zum Beispiel Verwaltungskräfte oder Hauswirtschaftskräfte in den Kitas. Eine Unterscheidung bei der Höhe der Bonuszahlung wäre nicht zu rechtfertigen. So haben wir das schriftlich vorliegen. Für eine Fachkraftstelle wären dies 5.000 Euro weniger als bisher gewesen. Gemeinsam mit tarif- und altersbedingten Lohnsteigerungen bei den Trägern schon in den vergangenen Jahren hätte dies

somit sogar eine Finanzierungslücke von circa 7.000 Euro pro Fachkraft und Jahr für die Träger ergeben. Bei einem Träger, der ungefähr zehn Fachkräfte angestellt hat, wären dies 70.000 Euro gewesen, die nicht refinanziert worden wären. Das hätte zur Folge gehabt, dass wir noch mehr Sprachfachkräfte verloren hätten.

Zu Recht hat diese Ankündigung bei der Fachpraxis zu deutlicher Kritik geführt. Diese Förderkonditionen wurden mir auch auf mein Nachhaken hin, ob das tatsächlich so stimmt – ich wollte auf Nummer sicher gehen –, auch seitens des Ministeriums am 12.04. und in einem Brief der Ministerin vom 20.04. – also letzte Woche – persönlich bestätigt. Diese Informationen liegen mir und uns also schwarz auf weiß mit persönlicher Unterschrift vor.

Jetzt vorzuwerfen, man würde Falschnachrichten verbreiten und so zu Verunsicherung beitragen, ist wirklich eine Sauerei!

(Beifall bei der SPD)

Heute verkündet das Ministerium, diese Zahlen, die das Ministerium selbst in drei Schreiben in kürzester Zeit verbreitet hat, seien falsch, und verkündet stattdessen Fördersummen, die deutlich höher liegen. Das ist ein Wahnsinn, eine wahnsinnige Planlosigkeit! Was für ein Kommunikationsmanagement herrscht denn dort im Sozialministerium? Wenn die Förderkonditionen tatsächlich, wie heute in der Pressemitteilung von der Ministerin verkündet, deutlich angehoben werden, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre das seit Monaten einmal eine richtig gute Nachricht! Dann hätte auch unser Dringlichkeitsantrag, den wir für diese Plenarsitzung eingereicht haben, zum Erfolg geführt. Dann hätte auch der Druck von außen tatsächlich etwas Gutes bewirkt.

So gesehen: In der Sache wunderbar, nicht zu kritisieren; aber der Vorwurf, man würde Falschnachrichten kommunizieren, schlägt dem Fass den Boden aus!

(Beifall bei der SPD)

Klar ist auch: In dieser Sache genügt keine Pressemitteilung aus dem Ministerium. Wir brauchen jetzt klare Informationen, die in der Praxis nicht weiter zu Verunsicherung, sondern zu Klarheit führen hinsichtlich der tatsächlichen Förderrichtlinie und der tatsächlichen Förderhöhe, die verdeutlichen, welche Bedingungen mit der Förderung verbunden sind, und letztlich auch noch einmal die Information beinhalten, was eigentlich mit inzwischen vakant gewordenen Stellen geschieht; denn auch diese würden wir als SPD-Landtagsfraktion gerne fortführen, zum Wohle der Kinder und für eine gelingende Sprachentwicklung, vor allem auch bei denen, die besondere Unterstützung brauchen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Frau Rauscher. – Bevor ich nun als nächsten Redner Thomas Huber von der CSU-Fraktion aufrufe, gebe ich bekannt, dass ebenfalls bei Rangziffer 4 für den Antrag der CSU-Fraktion und FREIE-WÄHLER-Fraktion ""Heiz-Hammer" der Bundesregierung stoppen!" auf Drucksache 18/28600 namentliche Abstimmung beantragt wurde. – Ich gebe Herrn Kollegen Thomas Huber das Wort.

**Thomas Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich verstehe die ganze Aufregung nicht, aber vielleicht können wir dies ja durch meinen Beitrag aufklären. Ja, Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Dies gilt auch für Kommunikation. Umso wichtiger ist es, dass sprachliche Bildung bereits bei unseren Kleinsten großgeschrieben wird. Deswegen führen wir auch die Sprach-Kitas, wie vom Ministerpräsidenten im Januar versprochen, im Gegensatz zum Bund fort. Ich bin froh und dankbar für diese Zusage, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage auch ganz klar: Unsere Kinder werden in den bayerischen Kindertageseinrichtungen bestmöglich gefördert. Wir als Freistaat, aber vor allem auch unsere Kom-

munen, in deren Verantwortung die Kitas vor allem liegen, kommen ihrer Verantwortung bestmöglich nach.

Es ist auch wichtig, dass wir hochqualifizierte Fachkräfte in den Kitas haben, die jeden Tag aufs Neue hervorragende Arbeit leisten, und zwar in nicht einfachen Zeiten. An dieser Stelle möchte ich einmal ein herzliches Vergelts Gott an unsere Fachkräfte richten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es beim Thema Sprach-Kitas an der einen oder anderen Stelle in der Kommunikation zwickte, ist richtig. Aber seien wir doch mal ehrlich: Das hat der Bund auch mit zu verantworten. Ich möchte gar nicht näher darauf eingehen, weil wir die Diskussion darüber bereits mehrfach im Sozialausschuss geführt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Bund plötzlich sein Versprechen, dass er vor der Bundestagswahl und im Koalitionsvertrag noch gegeben hat, bricht und das Förderprogramm beendet, ist kein guter Politikstil und alles andere als eine verlässliche und familien- und integrationsfreundliche Politik, von der Sie ja gerade, liebe Kolleginnen und Kollegen in den Ampel-Fraktionen, auch in Sonntagsreden gerne sprechen.

Ja, als Opposition ist es leicht zu sagen: Soll halt der Freistaat Bayern die Sprach-Kitas fortführen. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, müssen sich darüber auch keine Gedanken zur Finanzierung machen. Sie müssen es auch nicht umsetzen. Ich muss an dieser Stelle aber auch sagen: Ich bin ganz froh, dass Sie es in Bayern nicht umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Verständnis: Ein Bundesprogramm mit eigenen Strukturen und Förderkonditionen eins zu eins in ein Landesprogramm zu überführen, funktioniert leider nicht so einfach, wie sich das der eine oder der andere hier vorstellt. Trotzdem hat Bayern mittlerweile gute Rahmenbedingungen geschaffen, damit die bestehenden Sprach-Kitas nach Auslaufen des Bundesprogramms, nach dem 30. Juni

2023, auch fortgeführt werden können. Ich danke ausdrücklich unserer Sozialministerin Ulrike Scharf, die heute leider nicht anwesend sein kann, als auch unserem Finanzminister Albert Füracker dafür, dass wir dieses so wichtige Programm fortführen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu den Eckpunkten des neuen Landesprogramms Sprach-Kitas: Wir werden den Leitungs- und Verwaltungsbonus zu einem Personalbonus ausweiten, sodass die Sprachfachkräfte künftig darüber gefördert werden können. Pro halber Sprachfachkraft und Jahr bedeutet das maximal 32.000 Euro. Statt bislang 25.000 Euro aus der Bundesförderung zahlen wir 32.000 Euro für Personal- und Sachkosten. Das ist deutlich mehr als die aktuellen Fördersätze des Bundes.

Die Sprachfachberatungen werden künftig separat gefördert, und zwar mit rund 42.000 Euro statt bislang mit den 32.000 Euro aus der Bundesförderung pro halber Sprachfachberatung und Jahr. Auch hier legen wir, wie Sie leicht nachrechnen können, eine deutliche Schippe obendrauf. Damit können die Träger ihre Personal- und Sachkosten für die Fortsetzung der bestehenden Sprach-Kitas trotz hoher Inflation auch in Zukunft sichern und schultern. Darin sind auch schon die voraussichtlichen Tariferhöhungen eingepreist – deswegen auch erst jetzt und aktuell der höhere Ansatz.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich komme jetzt auf die SPD und den Dringlichkeitsantrag zu sprechen: Wahlkampf ist gut und, ja, für jede Partei wichtig; aber doch bitte nicht auf dem Rücken unserer Kinder und der engagierten Fachkräfte in unseren Kitas.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das macht ihr! Also wirklich!)

– Lieber Kollege Becher, ich schätze dich sehr, aber ganz ehrlich: Wir haben das Bundesprogramm nicht auslaufen lassen.

(Angelika Schorer (CSU): Sie haben es gekürzt! Wir haben es nicht gekürzt!)

Wir versuchen seit Monaten, eine adäquate Folgelösung sogar mit den aktuellen Entwicklungen auf den Weg zu bringen.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

– Ja, liebe Kollegin Rauscher, Sie berufen sich auf ein Schreiben des Ministeriums von Ende März, auf ein zweites oder drittes Schreiben. Wenn ihr das allerdings richtig gelesen hättet, dann wüssetet ihr doch, dass das Schreiben lediglich – ich glaube, das war auch eine Anregung von euch im Sozialausschuss – als ein Informationsschreiben zum aktuellen Planungsstand und zum damaligen Zeitpunkt gedacht war. Zu diesem Zeitpunkt war doch auch noch nichts fix. Nicht einmal die Finanzierung auf der Bundesebene war zu diesem Zeitpunkt fix – das ist sie im Übrigen bis heute noch nicht.

Diese Gespräche laufen auch noch. Sie sind noch nicht abgeschlossen. Dass Sie das nun politisieren, anstatt den fachlichen Dialog zu suchen, ist wirklich kein verantwortungsvolles Vorgehen. Das führt nur dazu, dass Eltern, Träger und vor allem auch die Fachkräfte verunsichert werden. Viel Wind zu machen und damit eine Verunsicherung zu erzeugen, ist kein verantwortungsvolles Vorgehen. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Der nächste Redner ist der Abgeordnete Johannes Becher für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Johannes Becher (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Huber, liebe CSU-Fraktion, also das kann man so nicht stehen lassen. Zweifelsohne sind Sprache und damit auch Sprachförderung die Grundlage für Chancengerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit. Das muss zwingend gefördert werden. Es wäre ein Grundsatz, dass wir viel mehr in Qualität in

der frühkindlichen Bildung, investieren. Dazu gehört auch die Sprachförderung. Da wäre noch viel zu tun, um Prioritäten richtig zu setzen. Das machen Sie bisher viel zu wenig. Meine Damen und Herren, wir wollen in Qualität investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei dem Thema Sprach-Kita wird im Juli 2022 ein Förderprogramm eingestellt, weil man dafür eine Rechtsgrundlage braucht, die es nicht gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Dann schaffen wir es zehn Monate später nicht, eine Förderrichtlinie zu haben. Wie lange brauchen wir denn, bis wir eine Förderrichtlinie haben? Dabei geht es jetzt nicht um die Ampelkoalition. Ihr könnt, so viel ihr wollt, auf die GRÜNEN und die Ampel schimpfen – das ist mir egal, das halte ich schon aus; mir geht es um die Fachkräfte, um die Menschen, die einen befristeten Vertrag bis zum 30.06.2023 haben.

(Thomas Huber (CSU): Uns auch!)

Die hängen in der Luft, weil ihr es nicht auf die Reihe bringt, eine Lösung zu finden; um die geht es mir. Es ist doch unverantwortlich, so Politik zu machen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Huber (CSU): Wir haben hier reagieren müssen, weil ihr die Förderung abgeschafft habt!)

Dann bekomme ich heute diese Stellungnahme, diese Pressemitteilung. Die ist ganz interessant. Dann frage ich mich: Wo ist denn heute die Frau Ministerin? Wo ist sie denn? Das ist doch heute eine aktuelle Pressemitteilung, ein völlig neuer Sachverhalt. Es ist doch klar, dass wir am Abend die Debatte führen, und sie ist nicht hier. Ich habe gehört, der Dr. Herrmann ist ihr Vertreter. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen und die offenen Fragen zu beantworten.

Wir haben morgen im Sozialausschuss um 09:15 Uhr drei Petitionen von drei Personen zu behandeln, die genau von dem betroffen sind: Sie haben befristete Verträge,

sie wissen nicht, wie es weitergeht, und wollen sich wegbewerben. Um diese geht es mir. In der Stellungnahme der Staatsregierung steht, die wir ja mit dem Datum von letzter Woche bekommen – das Datum steht hier drin –:

Hierfür wird von 1. Juli 2023 bis zum 31. Dezember 2024 ein eigenes Landesförderprogramm aufgesetzt, das ein Gesamtfinanzvolumen in Höhe von rund 24 Millionen Euro vorsieht.

Es heißt, dass die Fördersumme von 25.000 auf 20.000 Euro pro Einrichtung sinkt, und dass es für Sprachfachberatungsstellen bei 32.000 Euro bleibt.

Eine Nachbesetzung vakanter Stellen oder die Aufnahme neuer Kindertageseinrichtungen oder Anstellungsträger ist in dem Landesförderprogramm nicht vorgesehen.

Das ist ein Zitat aus der Stellungnahme des Sozialministeriums. Die zugehörigen Einlagen werden morgen im Sozialausschuss behandelt.

Heute kommt eine Pressemitteilung: Das ist ja alles Schmarrn, wenn man das erzählt, weil plötzlich sind es nicht 24, sondern 37,5 Millionen Euro und noch dazu viel höhere Fördersätze – wundersame Geldvermehrung! Dann würde ich ganz gerne wissen, woher das Geld jetzt plötzlich kommt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aus dem bayerischen Staatshaushalt!)

Wo hat man denn die 13,5 Millionen Euro extra gefunden? Welche Töpfe werden denn dann reduziert? Das ist doch die Frage, die sich hier stellt. Dann ist die Ministerin nicht da, wenn wir das heute diskutieren. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mich würde ja vor allem interessieren, was eigentlich stimmt. Stimmt die Stellungnahme des Sozialministeriums, aufgrund der wir morgen entscheiden? Oder stimmt die Pressemitteilung von heute? Oder stimmt das, was nächste Woche erzählt wird?

(Alexander König (CSU): Es stimmt vor allem, dass es gemacht werden muss, weil ihr es abgeschafft habt!)

Wir sind ja der Bayerische Landtag und bekommen diese Grundlagen für Petitionen, aber die stimmen offenbar nicht!

(Thomas Huber (CSU): Das ist ein Problem, das ihr verursacht habt!)

Ich glaube, dass es eine heimliche Fehlerkorrektur ist, weil man sieht – die Kritik vom Städtetag war ja da, die Kritik der Opposition, die Kritik der Fachkräfte –, dass man es halt irgendwie reparieren muss. Das hat man heute gemacht; aber dann heute hier zu behaupten, anderslautende Behauptungen seien schlichtweg falsch, obwohl das die Behauptungen des Ministeriums sind – das trägt zu einer weiteren Verunsicherung bei. Man fragt sich schon: Wer trägt zu einer weiteren Verunsicherung bei? – Das Ministerium und sonst niemand, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Die Bundesregierung, die es abgeschafft hat! Das ist ja Wahnsinn!)

Also, was ich gerne wissen würde. Herr Dr. Herrmann, das werden Sie ja beantworten können: Wo kommt das zusätzliche Geld her, das letzte Woche noch nicht da war?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aus dem bayerischen Staatshaushalt! – Thomas Huber (CSU): Von den Steuerzahlern!)

– Dann würde mich interessieren: Ist es denn aus dem bayerischen Staatshaushalt, Frau Kollegin Schorer-Dremel? Oder sind es die Mittel aus dem KiTa-Qualitätsgesetz, die Bayern vom Bund zur Verfügung gestellt werden? Wie viel wird da herausgenommen, und an welcher Stelle wird gespart?

Dann würde mich interessieren: Wann kommt die Förderrichtlinie? Schließlich laufen die Verträge zum 30.06. aus. Warum kann denn eigentlich bei den Fachberatungen nicht nachbesetzt werden?

Ich denke schon, dass wir in der Verantwortung für die Fachkräfte, für die Kitas und auch für die Kinder bei diesem wichtigen Thema Sprachförderung diese Fragen beantwortet haben müssen. Erklären Sie die Widersprüche! Schaffen Sie endlich Klarheit und veröffentlichen Sie die Förderrichtlinien! Das wäre jetzt angezeigt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank. – Eine Zwischenbemerkung von Frau Schorer-Dremel. Bitte.

**Tanja Schorer-Dremel (CSU):** Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kollege Becher! Ich halte fest: Es ist ein Bundesprogramm, ein Bundesprogramm, das von der Bundesregierung letztes Jahr zurückgezogen, eingestellt worden ist. Nachdem Sie sich hier so echauffieren und der bayerischen Ministerin und auch dem Kollegen Herrmann vorwerfen, was sie getan haben, würde ich gerne von Ihnen wissen: Was haben Sie als bayerischer Politiker getan, um bei Ihrer Ampel-Regierung in Berlin die Weiterführung des Programms zu erreichen und Gelder zu bekommen, die jetzt der bayerische Staatshaushalt, nämlich unser Staatsminister Füracker, zur Verfügung stellt? Was haben Sie getan?

(Zuruf von der CSU: Nichts! – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Gar nichts!)

**Johannes Becher (GRÜNE):** Kann ich gerne beantworten. – Gar nichts, sagt der Herr Dr. Herrmann. Er weiß es zwar nicht, aber er unterstellt es mir schon mal.

(Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Nichts passiert!)

Ich habe zum einen mal beim Bund-Länder-Treffen bei uns dafür geworben – es ist ja dann auch gekommen –, dass dieses Programm nicht zum 31.12., sondern zum 30.06.2023 gestoppt wurde, damit wir die Gelegenheit haben, Förderrichtlinien zu entwickeln.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Das war auch notwendig, weil es im Verwaltungsvollzug funktionieren muss. Ich habe hier im September einen Antrag eingereicht, wo ich gesagt habe, wir müssen das aus den Mitteln,

(Thomas Huber (CSU): Das Geld haben wir halt noch nicht! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das zeigt Ihren Einfluss in Berlin, nämlich: Nichts! Kein Geld!)

die Bayern vom Bund, von der Ampel für Qualität bekommt, nehmen. Da können wir jetzt schon die Förderrichtlinien entwickeln, damit es dann in der Praxis funktioniert. Sie haben gesagt, die Ampel ist schuld, die Ampel ist schuld, wir machen lieber nichts. Jetzt ist es Ende April, und es liegt nichts vor, und die Fachkräfte hängen in der Luft. Sie können sich da mit diesem Ampel-Bashing und der Aussage, die Ampel ist an allem schuld, nicht herausreden. Nach zehn Monaten muss man selber auch einmal was liefern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke. – Nächste Rednerin: die Abgeordnete Susann Enders, FREIE-WÄHLER-Fraktion. Bitte, Frau Enders.

**Susann Enders (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Bayern gibt es 573 geförderte Einrichtungen, 44 Sprachfachberatungen und 625 Sprachfachkräfte, jeweils als halbe Stelle. Wir haben 200 Fachkräfte verloren, ja. Genau deshalb – ich sage das jetzt ganz deutlich –, weil die Bundesregierung die Sprach-Kita-Förderung vorgestern im Koalitionsvertrag verankert hat, sie gestern wie-

der herausnimmt und sich heute wundert, dass wir für so eine schwindelerregende, nicht verlässliche Politik hier in Bayern absolut kein Verständnis haben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Reichen zehn Monate nicht? Wie viel Zeit braucht's denn?)

Seit Januar 2016 gibt es das Bundesprogramm Sprach-Kitas, weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist. Im Juli 2022 verkündet der Bund die Beendigung des Bundesprogramms. Meine Damen und Herren, das ist ein Bruch mit dem eigenen Koalitionsvertrag in Berlin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und wenn es dann nicht reibungslos weitergehen würde, dann zeigt man einfach mit dem Finger auf die Länder, hier direkt auf Bayern.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oje!)

Schließlich äußert sich das schlechte Gewissen der Bundesfamilienministerin – wie wir jetzt gehört haben auf Drängen des Kollegen Becher – in Form einer Übergangsfinanzierung bis Juni 2023. Ja, und dann? Also, wir lassen hier in Bayern unsere Kinder nicht im Regen stehen,

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Offensichtlich schon!)

auch nicht unsere Kitas und die Sprachfachkräfte, die Planungssicherheit brauchen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Wo bleibt jetzt die Planungssicherheit von Ihnen?)

Das Bundesprogramm Sprach-Kitas wird in den Jahren 2023 und 2024 als bayerisches Landesförderprogramm fortgeführt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden aus den Mitteln des KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetzes genommen. Die Bundesregierung ist für die Einstellung der Sprach-Kitas verantwortlich.

Wir als FREIE WÄHLER und CSU sorgen dafür, dass es für die Sprach-Kitas hier in Bayern weitergeht. Wir führen das Programm fort. Der Kabinettsbeschluss ist vom 21. März. Wir springen mit einem eigenen Landesförderprogramm bis Dezember 2024 mit insgesamt 37,5 Millionen Euro zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Qualitätssicherung der Sprachförderung unserer Kinder in Bayern ein.

Obwohl die Bundesverträge zur Mittelverwendung mit den Ländern immer noch nicht zur Verfügung stehen, gehen wir hier in Bayern zur Planungssicherheit bereits in Vorleistung. Mit uns FREIEN WÄHLERN und CSU geht es für die Sprach-Kitas nahtlos weiter. Die Finanzmittel sind im aktuellen Haushalt eingestellt. Eine weitere Aufstockung der Fördermittel ist heute – ganz aktuell – vom Sozialministerium verkündet worden; das haben Sie ja bereits vernommen.

Mit uns FREIEN WÄHLERN und CSU geht es hier in Bayern weiter. Den Dringlichkeitsantrag der SPD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Frau Enders. – Nun kommt der Abgeordnete Roland Magerl von der AfD-Fraktion an die Reihe. Bitte, Herr Magerl.

(Beifall bei der AfD)

**Roland Magerl (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir ordnen diesen DA getrost unter der Rubrik Schaufensterantrag zu Wahlkampfzwecken ein. Da lässt die SPD in Ihrer Ampel in Berlin die Förderung der Sprach-Kitas auslaufen und fängt dann hier in Bayern an zu rufen: Haltet den Dieb! Nachdem die Förderung nun im Juni auslaufen wird, kippt der Bund die Verantwortung ganz einfach den Ländern und somit hier Bayern vor die Füße.

Wir von der AfD sind der Meinung, dass wir uns auf die Verbesserung im Allgemeinen konzentrieren sollten. Aktuell ist nur jede achte Kita eine Sprach-Kita. Die viel größere

ren Probleme im Allgemeinen sind aber Personalmangel, Platzmangel, und viele Kitas haben einen riesigen Bilanzmangel und ein Finanzproblem. Hier muss im Zuge des KiTa-Qualitätsgesetzes vieles geändert werden. Darin kann man auch das Thema Sprach-Kitas aufgehen lassen. Die Mittel sind ja vorhanden.

Wir nehmen aus den Sprach-Kitas sehr viele gute Ansätze mit, die auch weiterlaufen müssen. Das Personal braucht absolute Planungssicherheit.

Wir sehen im neuen KiTa-Qualitätsgesetz aber mehr Möglichkeiten, das Projekt weiterzuentwickeln, um für die Zukunft mehr Gestaltungsfreiheiten und mehr Angebote – als nur bei jeder achten Kita – in Sachen Sprach-Kitas zu haben. Unser Ziel ist es, das neue KiTa-Qualitätsgesetz zu nutzen, um nicht nur die sprachliche Bildung zu verbessern, sondern auch die Qualität und die Teilhabe in der Kinderbetreuung zu optimieren.

Es ist uns wichtig, dass auch die Qualifizierung und die Weiterbildung des Personals berücksichtigt werden. Auch müssen Kinder mit besonderen Bedürfnissen mehr gefördert werden.

Wie eingangs erwähnt, sollte die SPD ihre Hausaufgaben im Bund erledigen. Dann könnte man sich diese Diskussion zu so später Stunde ersparen.

Wir lehnen den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Kollege. – Nächste Rednerin: Julika Sandt, FDP-Fraktion.

**Julika Sandt (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt gleich mal auf Ihre Frage eingehen. Ich habe mich auch massiv dafür eingesetzt, dass das Programm verlängert wird. Es wurde auch ein Stück weit verlängert. Nachdem es dann aus dem Hause Paus hieß, es werde jetzt praktisch den Ländern

gegeben und man gebe mit dem KiTa-Qualitätsgesetz insgesamt mehr Geld an die Länder als vorher – der Betrag wird ja von gut einer auf knapp zwei Milliarden fast verdoppelt, die Bayern aus dem KiTa-Qualitätsgesetz insgesamt kriegt –, wundere ich mich jetzt schon, weil: Es geht ja um Bildung. Die CSU legt ja immer Wert darauf, dass die Bildung vom Land gemacht wird, dass die Bildung vom Land umgesetzt wird. Da wundere ich mich jetzt schon über den Aufschrei.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Man kann es drehen und wenden, wie man möchte!)

Da jetzt die Länder eine stärkere Zuständigkeit haben, aber dafür mehr Geld vom Bund, wundere ich mich schon über die Empörung.

Die Ministerin hat Ende März angekündigt, die Förderung pro Stelle von 25.000 auf 20.000 Euro zu kürzen. Das ist doch pure Verunsicherung, auch wenn jetzt nachgebessert wurde, weil die Verbände Sturm gelaufen sind. Das ist pure Verunsicherung.

Fakt ist auch: In anderen Bundesländern können Sprach-Kitas seit Monaten die Anträge stellen; in Bayern nicht. Dann sagen Sie, die Ampel sei schuld. – Wieso können es denn die anderen Bundesländer wie Schleswig-Holstein und Bayern nicht? – Das ist doch Wahlkampfgetöse. Das ist doch reines Wahlkampfgetöse! Das ist Ampel-Bashing auf Kosten der Kinder, auf Kosten der Chancen von Kindern, die gerade die Sprachförderung dringend brauchen.

Die Bayerische Staatsregierung nimmt eiskalt in Kauf – die Ministerin hat es in der Presseerklärung gesagt –, dass ein Viertel, also 200 von 800 Sprachfachkräften gekündigt haben, weil die Kitas nicht die Anträge stellen konnten, weil einfach keine verbindliche Zusage wie in anderen Bundesländern vorlag, dass sie weiterbeschäftigt werden können. Sie mussten sich praktisch arbeitsuchend melden, weil das Programm einfach nicht entsprechend vorlag.

Ein Viertel hat gekündigt; gefördert werden in Zukunft aber auch weiterhin nur die Fachkräfte, die bis zum 30.06. tätig waren. Eine Nachbesetzung ist nicht möglich. Wie kann das denn sein? Es gibt auch keine Schaffung neuer Stellen. Wenn Sie die Sprachfachkräfte wirklich ernst nehmen – Sie haben den Sprachfachkräften gedankt; sie haben großen Dank verdient –, dann hören Sie endlich auf, sie mit Ihrem Hin und Her zu verunsichern. Schaffen Sie Klarheit! Sie hätten sie längst schaffen müssen. Verunsichern Sie nicht weiter! Vor allen Dingen: Ermöglichen Sie die Nachbesetzung dieser Stellen! Das wäre dringend nötig.

Die Sprachförderung ist so entscheidend; es ist wissenschaftlich erwiesen, wie entscheidend diese frühe Sprachförderung ist und dass jeder Euro am besten in unser Bildungssystem investiert ist. Also hören Sie auf mit Ihrem billigen Ampel-Bashing! Hören Sie auf, mit den Zukunftschancen unserer Kinder zu spielen!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wenn es so billig ist, warum wurde es dann gekündigt?)

– Sie haben es doch gekürzt!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es war der Bund! – Thomas Huber (CSU): Das ist doch lächerlich! – Widerspruch der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

– Insgesamt steht doch mehr Geld zur Verfügung als vorher, aber Sie wollten die Förderung pro Fachkraft von 25.000 auf 20.000 Euro kürzen, obwohl der Bund mehr Geld gibt.

(Thomas Huber (CSU): Jetzt stellen wir mehr als der Bund zur Verfügung!)

Ermöglichen Sie, dass die Stellen nachbesetzt werden, und schaffen Sie Zukunftschancen für Kinder!

(Beifall bei der FDP)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Abgeordneten Thomas Huber vor. Bitte.

**Thomas Huber (CSU):** Liebe Kollegin Julika Sandt, da hier von Wahlkampfgetöse und dem Wunsch nach Klarheit gesprochen wird, sage ich: Wir schaffen Klarheit. Das Wahlkampfgetöse machen nicht wir. Ich habe allmählich die Vermutung, dass es absichtlich schwierig gemacht wird, damit wir hier in Bayern in Erklärungsnot kommen. Die Retter dieses Programms sind wir hier in Bayern, die CSU und die FREIEN WÄHLER, die dieses Programm unter erschwerten Bedingungen weiterführen und versuchen, es aus dem bestehenden Haushalt heraus zu finanzieren.

Ich frage Sie einmal: Wissen Sie eigentlich, wie der Bund die bisherige Fortsetzung finanziert, also das halbe Jahr Verlängerung, das nur auf Druck der Union zustande gekommen ist?

(Widerspruch der Abgeordneten Julika Sandt (FDP) – Jürgen Mistol (GRÜNE):  
So viel Einfluss haben Sie nicht mehr!)

Soll ich Ihnen sagen, wie das finanziert wird? – Ich sage Ihnen, wie es finanziert wird: Es wird aus dem Ansatz des Gute-KiTa-Gesetzes des Bundes umgeschichtet; diese Umschichtung führt faktisch zu einer Reduzierung der Bundesmittel im Vergleich zu den verfügbaren Mitteln in den Jahren 2021 und 2022. Ergo finanzieren die Verlängerung auch die Länder.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Martin Schöffel (CSU): Hört, hört!)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Bitte, Frau Sandt.

**Julika Sandt (FDP):** Für die Zukunft wird es aus dem KiTa-Qualitätsgesetz finanziert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mogelpackung ohne Ende!)

– Jetzt bekommen Sie ja das Geld vom Bund.

(Unruhe)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Bitte keine Zwiegespräche. – Frau Sandt hat das Wort.

**Julika Sandt (FDP):** Wie kann es denn sein, dass es alle anderen Länder schaffen und geschafft haben? Bayern hat es nicht geschafft. In Zukunft wird es über das KiTa-Qualitätsgesetz gefördert. Aus dem KiTa-Qualitätsgesetz fließen pro Jahr fast zwei Milliarden Euro statt einer Milliarde Euro. Das ist in Zukunft Fakt. Das ist so, schauen Sie es sich an.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Ab wann?)

Deshalb steht in Zukunft insgesamt mehr Geld dafür zur Verfügung, als es bisher der Fall war. Deswegen gibt es allen Grund dazu, Klarheit zu schaffen, damit es Bayern wie alle anderen Länder auch schafft, in die Bildungschancen der Kinder zu investieren.

(Beifall bei der FDP)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Frau Sandt.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Was ist mit der Staatsregierung? Ist sie nicht sprechfähig?)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Hat die Staatsregierung dazu nichts zu sagen? – Doris Rauscher (SPD): Das ist echt peinlich!)

Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/28598 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.